

## **Deklaration**

**(Im Rahmen der Fachtagung: Die Bedeutung des demographischen Wandels und der Migration für die Arbeitsmärkte in der EU)**

### **Auf Arbeitsmärkten bewegen sich Menschen: Ihnen muss Politik zuallererst gerecht werden!**

Demografischer Wandel und Migration gelten in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union als dramatische Herausforderungen hinsichtlich der Organisation der Arbeitswelt. Tatsächlich werden ihre Implikationen aber eher unter angstmachenden als unter realistischen Gesichtspunkten betrachtet.

Auf dem Gipfel von Lissabon im März 2000 haben sich die Regierungen auf eine Strategie zur deutlichen Erhöhung der Beschäftigungsquoten festgelegt. Das betrifft sowohl die Beschäftigung insgesamt (die bis 2010 70% der erwerbsfähigen Bevölkerung erreichen soll) als auch die Quoten für einzelne Gruppen wie Frauen (60%) oder ältere ArbeitnehmerInnen (50%). Trotz Zunahme der Beschäftigtenzahlen ist bisher keiner der Zielwerte erreicht worden.

Dabei zielen die von der Kommission vorgeschlagenen und von den einzelnen Regierungen umgesetzten Maßnahmen nur auf die Strukturen der Arbeitsmärkte und auf die Beschäftigungsfähigkeit der ArbeitnehmerInnen. Die Kommission sieht Ansatzpunkte vor allem in offenen Wettbewerbsmärkten, dem Abbau von Qualifikationsstandards (die als Zugangsbeschränkungen gelten) und günstigen Standortbedingungen was die Unternehmensseite angeht und in Anpassungsfähigkeit, passgenauer Qualifizierung, Mobilität und lebenslangem Lernen für die zu Beschäftigenden. Da Dauerhaftigkeit der Beschäftigung ausdrücklich gar nicht angestrebt wird, stellt sich dir Frage nach der Qualität solcher Maßnahmen selbst dann noch, wenn sie tatsächlich greifen würden, was bisher keineswegs realisiert werden konnte. Es geht lediglich um die Wiederbeschäftigungsfähigkeit, ArbeitnehmerInnen sind aber viel eher auf die Sicherheit und Zukunftsfestigkeit ihres Arbeitsplatzes orientiert. Mag das noch als eine Einstellungsfrage gelten, so ist der Umstand zentral, ob eine Beschäftigung eine auskömmliches Einkommen erbringt. Die ist keineswegs der Fall, in Deutschland gilt eine wöchentliche Arbeitszeit von vier, in der EU von einer Stunde als Beschäftigung. So war im Jahr 2007 in der BRD trotz Zunahme der Beschäftigungsverhältnisse auf über 39 Millionen die gesamte geleistete Arbeitszeit rückläufig. Von Mini- und Teilzeitjobs aber kann niemand leben.

Trotz der Klagen über die zunehmende Alterung der Gesellschaft und trotz gestiegener Beschäftigungsquote älterer Menschen gibt es im Allgemeinen keinen Mangel an Arbeitskräften. Auf die europäischen Arbeitsmärkte drängende MigrantInnen haben nach wie vor kaum eine Möglichkeit der langfristigen legalen Beschäftigung. Damit eignen sie sich immer wieder dazu, um Standards bezüglich Qualität der Arbeit und Entlohnung zu senken.

Zum bedingungslosen Grundeinkommen:

Gesellschaft entsteht nicht nur durch die Herstellung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen. Auch der Herstellung des in der Gesellschaft vorhandenen Reichtums geschieht nicht nur in der Produktion im Besonderen oder der Erwerbsarbeit im Allgemeinen.

Vielmehr sind diese in umfassendem Maße von gesellschaftlichen Vorleistungen abhängig. Wer Kinder erzieht oder generell Reproduktions- und Familienarbeit leistet, wer sich gesellschaftspolitisch engagiert, neugierig die eigene Lebenswelt erforscht und kreativ gestaltet, wer sich selbst und andere bilden und erzieht, tut nicht nichts, sondern leistet – konkret höchst unterschiedliche – Beiträge zur Entstehung von Gesellschaft. Auf keinen dieser Beiträge kann verzichtet werden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen anerkennt diese Tatsache. So könnten Spaltungen zwischen den unterschiedlichen Beschäftigtengruppen, Erwerbslosen, MigrantInnen, etc. überwunden werden. Diese Spannungen und Ängste sind die Basis, auf der Tätigkeiten um jeden Preis angenommen werden (müssen), auf der Ausgrenzungen stattfinden gruppenegoistische Politik manchen überlebensnotwendig erscheint.

Eine materielle Absicherung ist die Voraussetzung dazu, dass Menschen angstfrei darüber nachdenken können, ob gesellschaftliche Anerkennung und gesellschaftliche Integration nicht auch außerhalb der Erwerbsarbeit möglich sind. (Zur Erklärung, nicht als Teil der These: Ich denke angesichts von Produktivitätsentwicklung und weltweitem Bevölkerungswachstum immer noch, dass unser Problem nicht ein Mangel an Arbeitskräften ist und auch in 50 Jahren nicht sein wird, sondern eine dauerhaft zurückgehende Nachfrage nach Arbeitskräften.) Wenn Menschen materiell nicht zur Erwerbsarbeit gezwungen sind, dann müssen die angebotenen Arbeitsplätze interessant gestaltet oder zumindest gut bezahlt sein. Freude an der Arbeit, Kreativität und Produktivität können sich entfalten.

Angesichts der Tatsache der Migration, die auch nicht mit Grenzen, Mauern und Schießbefehl aufzuhalten ist, kann ein Grundeinkommen nicht national und nicht nur für StaatsbürgerInnen gedacht werden. Es muss am gleichen Ort an alle gezahlt werden, die dort leben, und es muss international im Süden anfangen. In mehreren Ländern des Südens wurde in den letzten Jahren und wird noch mit Bargeldzahlungen an Ärmste experimentiert. Obwohl Weltbank und nördliche Gerberorganisationen immer die Befürchtung betonen, dass die bedürftigen Menschen mit dem Geld nicht verantwortlich umgehen können, zeigen die tatsächlich durchgeführten Programme das Gegenteil. Eine umfangreiche Sozialhilfezahlung in Brasilien etwa, die an fast ein Viertel der Bevölkerung gezahlt wird, zeigt in der Realität kaum Missbrauch und deutliche Folgen sowohl für die Verbesserung der Lebenssituation der Armen wie für die lokale Wirtschaft. Gleiche Ergebnisse erzielte ein Projekt, das die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Sambia durchführte. In beiden und in vielen anderen Fällen geht es um die Zahlung eines Betrages, der ausreicht, um drei Mahlzeiten täglich kaufen zu können und damit den Hunger, nicht die Armut, zu beseitigen. Ein solches Mindesteinkommen gegen den Hunger könnte morgen eingeführt werden. Es würde nicht einmal so viele Mittel erfordern, wie die Länder der OECD an Entwicklungshilfe ohnehin als Selbstverpflichtung zugesagt haben.

Weder demografischer Wandel noch Migration stellen für sich genommen unlösbare Probleme dar. Keineswegs gehen unserer alternden Gesellschaft die Arbeitskräfte aus und es gibt auch keine Notwendigkeit, das Verhältnis von Beschäftigten zu Alten konstant zu halten. Die tatsächlich Erwerbstätigen in einer Gesellschaft müssen ja nicht nur die Alten ernähren, sondern auch die Jungen und die nicht Erwerbstätigen und auch sich selbst, letztlich also die gesamte Bevölkerung. Deshalb sagt der immer vorgerechnete Altersquotient, der das Verhältnis von Erwerbsfähigen, also 15 – 64-Jährigen, zu den Alten, also den über 65-

Jährigen, misst, absolut gar nichts aus. Tatsächlich geht es um das Verhältnis der real Erwerbstätigen zur Gesamtbevölkerung. Wenn die schrumpft, ist auch die Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung unproblematisch. Dieser so genannte Gesamtbelastungsquotient wird auf der Basis der heutigen demografischen Daten bis zum Jahr 2050 lediglich um acht Prozent steigen. Dabei ist die Steigerung der die Produktivität ebenso wenig berücksichtigt wie die Tatsache, dass es nach wie vor große Beschäftigungspotenziale gibt.

Die europäische Arbeitsmarktpolitik ist falsch orientiert. Bei größerer Gestaltungsmacht der Beschäftigten bezüglich Arbeitsbedingungen, Entlohnung und berufliche Perspektiven würden sich viele Bemühungen, Menschen in ungeliebte Tätigkeiten zu zwingen, erübrigen. Aber die Spaltung in ersten und zweiten, Niedriglohn- und illegalen Arbeitsmarkt verhindert das. MigrantInnen sind dann für niemanden mehr eine angebliche Bedrohung, wenn sie hier gleiche Rechte und Möglichkeiten und zu Hause annehmbare Lebensbedingungen haben. Ein deutlicher Nord-Süd-Ausgleich, etwa durch ein Mindesteinkommen gegen den Hunger, könnte ein wichtiger Schritt sein.

Es wird darauf ankommen, wieder das Ganze der Gesellschaft verstärkt in den Blick zu nehmen. Dazu sind Konzepte erforderlich, die nicht ängstlich auf zu viele Alte, zu viele oder zu wenige MigrantInnen, Arbeitsunwillige oder schlecht Qualifizierte schauen, sondern die soziale Rechte und Standards etablieren. Durchsetzungsfähige, selbstbewusste, materiell abgesicherte Menschen sind die beste Voraussetzung zu einer nach innen und außen integrationsfähigen Gesellschaft, in der niemand überflüssig ist.

Zum Mindesteinkommen gegen den Hunger

<http://www.attac-netzwerk.de/uploads/media/grundeinkommen-fian.pdf>

zur demografischen Belastung

[http://www.arbeitnehmerkammer.de/cms/upload/Politik/Sozialpolitik/2008\\_01\\_02\\_demografie.pdf](http://www.arbeitnehmerkammer.de/cms/upload/Politik/Sozialpolitik/2008_01_02_demografie.pdf)